



# HESSISCHER LANDTAG

23. 11. 2015

Plenum

## Antrag

### der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend Inbetriebnahme der Partikeltherapieanlage am Universitätsklinikum Gießen und Marburg ist Meilenstein für den Medizinstandort Mittelhessen und für die betroffenen Patienten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bewertet die nun erfolgte Aufnahme der Tätigkeit der "Marburger Ionenstrahl-Therapie GmbH (MIT)" als ein wichtiges Signal an alle betroffenen Patienten, aber auch als einen Meilenstein für den Medizinstandort Hessen insgesamt sowie den medizinischen Erkenntnisfortschritt im Besonderen. Mit diesem Start wird eine innovative Behandlungsmethode auf höchstem technisch-medizinischen Niveau in Hessen etabliert, die in technischer Hinsicht auch unter Mitwirkung der GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH in Darmstadt entwickelt wurde.
2. Im Bereich der Onkologie ist die mittelhessische Universitätsmedizin bereits heute ein national und international anerkannter Standort für Forschung und Lehre. Der universitätsmedizinische Lehr- und Forschungsstandort Gießen und Marburg wird mit der Inbetriebnahme der MIT weiter gestärkt. Der Landtag bittet die Landesregierung daher, den Standort Marburg als Kompetenzzentrum zur Krebstherapie weiter zu stärken.
3. Der Landtag dankt allen Akteuren für ihr Engagement sowie der Landesregierung für ihre abgewogene und erfolgreiche Verhandlungsbegleitung in der Sache. An den erfolgreichen Verhandlungen für eine Forschungsk Kooperation haben neben der Rhön-Klinikum AG und der Siemens AG auch die Universitäten in Heidelberg und Marburg und deren Klinika sowie der Marburger Fachbereich "Medizin" einen großen Anteil. Die Gesellschafterkonstruktion der MIT sichert hierbei Forschung und Lehre in Bezug auf die Philipps-Universität Marburg vollumfänglich ab. Der Landtag unterstützt insbesondere das Vorhaben der Landesregierung, die Forschungsk Kooperation in den kommenden zehn Jahren zudem mit jährlich 1,3 Mio. € zu bezuschussen.
4. Der Landtag betont erneut, dass die Landesregierung durch ihr besonnenes und ausgewogenes Handeln gleichzeitig die Rechtsposition des Landes gewahrt wie auch die Möglichkeit auf eine konstruktive Lösung im Sinne der Patienten erhalten hat. Eine sofortige Klageerhebung hingegen - wie sie teilweise im Landtag gefordert worden ist - hätte jenseits aller rechtlichen Fragestellungen jede Chance auf eine Einigung zunichte gemacht.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. November 2015

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Bellino**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:  
**Dorn**